

Schlüsselbegriff Resilienz

Die europäische Sicherheitsagenda in ethischer Lesart



Die Europäische Union strebt die zunehmende Vergemeinschaftung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik an. Die 2016 veröffentlichte Globale Strategie bildet dazu den aktuellen normativen Referenzrahmen. Es handelt sich um ein primär politisches Papier mit den zentralen Leitmotiven Sicherheit und Resilienz. Der enthaltene Rekurs auf Werte und Prinzipien eröffnet ethischen Reflexionsbedarf: Welche Absichten verfolgt die neue europäische Außen- und Sicherheitspolitik? Wie verändert sich bisheriges Sicherheitsdenken durch neue Resilienzkonzepte? Geht es eher um Anpassungsfähigkeit im Krisenfall oder um das Ziel des gerechten Friedens? Was heißt das für den afrikanischen Kontinent? Geht es nur darum, die Zuwanderung nach Europa zu begrenzen oder auch darum, die innerafrikanische Migration zu steuern? Der Beitrag macht deutlich, dass es zur Konkretion der sehr allgemein gehaltenen Globalen Strategie notwendig ist, vertiefte sozialetische Überlegungen an sie heranzutragen.



Alexander Merkl

Dass die Europäische Union (EU) gegenwärtig nicht in ihrem vollen Glanze erstrahlt, hat bekanntlich vielerlei Ursachen: mit Großbritannien tritt erstmals ein Mitglied freiwillig aus der Uniongemeinschaft aus (Brexit); der lange Zeit dominante europäische Narrativ eines Friedens- und Versöhnungsprojekts verliert an Anziehungskraft, Friede in Europa wird nicht selten als Selbstverständlichkeit empfunden; an vielen Stellen werden Demokratiedefizite sichtbar; die vielfältigen He-

rausforderungen der Migrationskrise sind nach wie vor nicht gemeistert; emporstrebende Nationalismen und Rechtspopulismen gepaart mit antieuropäischen Ressentiments gewinnen an Reichweite; ein grundsätzlicher Mangel an innereuropäischer Solidarität ist nicht zu leugnen.

Letzteres Problem wird seit Jahren bei der Umsetzung („Vergemeinschaftung“) der sog. Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) greifbar.

- auf die Entstehung neuer Konfliktformen – in Anlehnung an die Arbeiten von Mary Kaldor und Herfried Münkler zumeist als „neue Kriege“ bezeichnet –, die dem einzelstaatlichen Handeln deutlich seine Grenzen aufzeigen,
- auf die sich zunehmend durchsetzende Einsicht, dass die EU – ungeachtet ihrer nach wie vor enormen Wirtschaftskraft – im multipolaren weltpolitischen Mächtefeld der UN, der NATO, der OSZE und der USA sowie der aufstrebenden asiatischen Staaten zunehmend an den Rand gedrängt wird.

Die Vergemeinschaftung der GASP als europäisches Solidaritätsprojekt

Innerhalb der GASP als intergouvernementalem Politikbereich bleibt die nationalstaatliche Autonomie und Souveränität unangetastet. Die EU-Mitgliedstaaten haben sie gemäß des EU-Vertrages von Lissabon lediglich „im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ (Art. 24) zu unterstützen. Das heißt: Die GASP ist ein Kann, jedoch kein Muss. Divergierende Eigeninteressen und entsprechend unterschiedliche Ambitionsniveaus:

ihrer Mitgliedsstaaten untergraben in der Folge nicht selten ein gemeinsames und zielgerichtetes Handeln der Union in Fragen der Sicherheit. Diese Schwierigkeit besteht seit der ersten vertraglichen Konzeptualisierung der GASP im Wesentlichen fort. Diese setzte Anfang der 1990er Jahre ein, in Reaktion

- auf die sich nach 1989 rapide verändernde geopolitische Sicherheitslage,

 Es geht der EU darum, einer geopolitischen Marginalisierung entgegenzuwirken und ihre strategische Autonomie zu stärken

Um dieser Marginalisierung entgegenzuwirken, strebt die Union seit dem Vertrag von Maastricht (1993) eine Vergemeinschaftung ihrer Außenbeziehungen an.